

Studie zu „Racial Profiling“ kommt doch nicht

BERLIN (dpa) - Die von der Bundesregierung geplante Studie zum sogenannten Racial Profiling bei der Polizei kommt doch nicht. Innenminister Horst Seehofer (CSU) halte eine Studie nicht für sinnvoll, sagte ein Sprecher des Ministeriums am Sonntag.

Von Racial Profiling bei der Polizei spricht man, wenn Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Haarfarbe oder anderer äußerer Merkmale, aber ohne einen konkreten Anlass, kontrolliert werden. Die Studie war von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) in ihrem Bericht über Deutschland empfohlen worden. „Wir werden eine solche Studie, wie ECRI sie empfohlen hat, nicht in Auftrag geben“, sagte der Sprecher des Innenministeriums. Zuvor hatte „Zeit Online“ berichtet.

Mitte Juni sah es danach aus, als würde die Studie in Auftrag gegeben werden. Das Innenministerium begründete Seehofers Entscheidung nun auch damit, dass Racial Profiling in der polizeilichen Praxis verboten ist. Grüne, SPD und Linke kritisierten Seehofers Entscheidung. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckhardt schrieb auf Twitter: „Statt Pauschalurteilen brauchen wir mehr Forschung & Daten zu Racial Profiling und Missständen in der Polizei.“

Kemmer äußert sich zu Oman-Trip

ULM (rau) - Die Ulmer CDU-Bundestagsabgeordnete Ronja Kemmer hat Stellung zu einer Oman-Reise genommen, wegen der sie in den Fokus geraten ist. In einer Mitteilung vom Samstag lässt sie wissen, sie habe in ihrer Funktion als Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung an der Reise teilgenommen. Dabei sei es um Projekte zwischen Deutschland und Oman gegangen, um Bildung und um Beziehungen zwischen Universitäten. Kemmer verweist auf ein Gespräch mit der Vizepräsidentin der „Beratenden Versammlung des Oman“ zum Thema „Stärkung von Frauen in der omanischen Politik und Gesellschaft“.

„Spiegel“-Recherchen hatten ergeben, dass die 31-Jährige 2018 für drei Tage das Sultanat besucht hatte, das die Reisekosten in Höhe von rund 5500 Euro beglich. Diese Reise hatte sie nicht publik gemacht. In der Mitteilung heißt es dazu, dass sie in ihren sozialen Netzwerken „schwerpunktmäßig“ über ihre politische Arbeit in und für die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis berichtet. Zu keinem Zeitpunkt habe sie aber den „Eindruck der Intransparenz“ erwecken wollen. Angetreten hatte Kemmer die Reise mit zwei anderen Unions-Abgeordneten. Diese berichteten über den Reiseverlauf in ihren sozialen Medien, Kemmer tat dies nicht. Erst auf „Spiegel“-Nachfrage räumte sie ein, die Dritte im Bunde gewesen zu sein.

Kurz berichtet

„Ocean Viking“ darf in Hafen einlaufen

ROM (epd) - Zwei Tage nach Ausrufung des Notstands an Bord darf die „Ocean Viking“ in den Hafen der sizilianischen Hafenstadt Porto Empedocle einlaufen. Die 180 aus Seenot geretteten Flüchtlinge würden am Montag im Hafen ausgeschifft, teilte SOS Mediterranée am Sonntagmittag auf Twitter mit. „Die unnötige Verzögerung hat Leben in Gefahr gebracht“, kritisierten die Seeretteter.

Kritiker Tschetscheniens auf offener Straße erschossen

WIEN (dpa) - Ein 43-jähriger Asylbewerber aus Tschetschenien ist am Samstag im österreichischen Gerasdorf auf offener Straße erschossen worden. Ein Landsmann wurde nach einer Verfolgungsjagd in Linz festgenommen, wie die Polizei am Sonntag berichtete. Das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung nahm die Ermittlungen auf, so die Polizei. Nach russischen Medienberichten galt das Opfer als Kritiker des Regimes in Tschetschenien, einer islamisch geprägten Teilrepublik im russischen Nordkaukasus.

Von smarten Städten und digitalen Dörfern

Autonomes Fahren und Klimaschutz: Kommunalen Innovationstag stellt zukunftsweisende Pilotprojekte vor

Von Kerstin Conz

KONSTANZ - Wie versorgt man Menschen im Lockdown, wie unterrichtet man bei geschlossenen Schulen und wie rettet man die örtlichen Läden und Lokale? Die Corona-Krise hat viele Herausforderungen. Aber sie hat auch einen Innovationsschub ausgelöst. Mehr als 40 Referenten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz berichten beim Kommunalen Innovationstag darüber, wie man auch als kleine Gemeinde innovativ sein kann. Hier die wichtigsten Themen aus dem digitalen Kongress:

• **Einkaufsplattform:** Einzelhandel und die Gastronomie haben durch Corona besonders gelitten. Doch ein eigener Online-Shop ist für viele kleinere Unternehmen zu viel Aufwand. Die Gemeinde Hüfingen (Schwarzwald-Baar-Kreis) hat sich mit ihren Nachbargemeinden zusammengetan und eine Einkaufsplattform geschaffen. Corona sei für die Zusammenarbeit der Kommunen ein Weckruf gewesen, findet der Hüfingen Bürgermeister Michael Kollmeier. „Südbaar handelt“, heißt die Plattform. Voraussetzung war, dass die Gemeinde in guten Jahren Geld zur Seite gelegt hatte. „Es hilft auch, wenn sich die Bürgermeister gut verstehen. Wir arbeiten super zusammen, helfen auch bei Feuerwehreinsätzen einander aus.“ Was bei Starkregen funktioniert, habe sich auch bei der Pandemie bewährt.

• **Kommunikation:** Corona hat gezeigt, dass die Kommunen ihre Kommunikationsangebote anpassen müssen, sagt der Bürgermeister der Bodensee-Gemeinde Immenstaad, Johannes Henne. Bereits 2019 habe man mit Bürgern Spaziergänge in der Gemeinde unternommen, um die Menschen in die Entwicklung des Ortskerns auch online einzubeziehen. „Bürgerbeteiligung geht auch digital“, findet Henne. „Das wollen wir auch in Zukunft ausbauen.“ Marian Schreier, Bürgermeister der Gemeinde Tengen (Kreis Konstanz) glaubt, dass sogar ein Bürgerentscheid im Netz funktionieren würde. Eine digitale Bürgerversammlung, die er während des Lockdowns abhielt, wurde jedenfalls rege besucht.

• **Nachbarschaftshilfe:** „Wir haben durch Corona gemerkt, dass wir unheimlich viel Ehrenamt koordinieren mussten“, sagt Andrea Kaufmann, die Bürgermeisterin von Dornbirn (Vorarlberg). Ein tolles Projekt sei eine Einkaufsunterstützung für ältere Mitbürger gewesen. Innerhalb von drei Tagen habe man das Projekt auf die Beine gestellt und mit Lebensmittelversorgern organisiert, dass man kontaktlos bezahlen konnte. Die Einkaufshilfe soll auch nach Corona in abgespeckter Form weiterlaufen.

• **Finanzen:** Egal, welche Innovation man plant, ohne Geld geht gar nichts. „Man muss sich dafür Spielraum schaffen“, sagt Veronika Meszaritis,



Als bundesweit erste Kommune rief die Stadt Konstanz 2019 den Klimanotstand aus – weitere Städte und Gemeinden folgten.

FOTO: STEFAN PUCHNER/DPA

die Gemeinden in finanziellen Notlagen berät. „Es gilt, auf das Richtige zu verzichten und eine Vision zu formulieren.“ Manchmal müsse man auch No-Gos definieren. Etwa, dass das Schwimmbad nicht geschlossen werden soll. Wichtig sei ein Klima, in dem auch Tabus angesprochen werden dürfen und bei der Umsetzung dranzubleiben. „Wir haben das österreichweit schon mehrmals gemacht. Nicht nur in Wien, sondern auch in 5000-Einwohner-Gemeinden“, so die österreichische Finanzexpertin. Dass man seine Finanzen auch aus eigener Kraft ordnen kann, zeigt das Beispiel Gottmadingen (Kreis Konstanz). Als er die Gemeinde von 16 Jahren übernommen hat, sei der Ort hoch verschuldet gewesen, erzählt Bürger-

meister Michael Klinger. Er habe dann mit den Bürgern eine Prioritätenliste erstellt. Seitdem seien die Haushaltsberatungen viel einfacher geworden. „Da wird nichts reingedrückt, was vorher niemand kannte. Wenn die Einnahmen sprudeln, dann geht es schneller, wenn nicht, dann dauert es halt länger. Das ist für jeden verständlich.“

• **Autonomes Fahren:** Während der Autofahrt entspannt die Augen schließen und das Auto die Arbeit machen lassen – das ist heute noch Zukunftsmusik. Doch in Friedrichshafen ist diese Vision schon konkret. Hier fahren bereits die ersten autonomen Testautos auf ausgewiesenen Strecken durch die Innenstadt. Es

geht darum, den Verkehr sicherer zu machen, Kraftstoffverbrauch zu senken und den Verkehr zu reduzieren, sagt Innovationsmanager David Pietsch. Die Strecke biete Raum, auch branchenübergreifend Technologien zu erproben. Das stärke die Innovationskraft der ganzen Region.

• **Klimawandel:** Beim Thema Klimawandel nimmt Konstanz eine Vorreiterrolle ein. Als bundesweit erste Kommune rief die Stadt 2019 den Klimanotstand aus. Seitdem muss der Gemeinderat bei jeder Entscheidung die Auswirkungen aufs Klima mitdenken. Dabei helfen soll ein Kästchen auf der Sitzungsvorlage, in dem angekreuzt wird, ob sich das Vorhaben positiv, negativ oder neutral aufs

Klima auswirkt. Außerdem habe man 70 schnell umzusetzende Maßnahmen aufgelistet, erklärt Baubürgermeister Karl Langensteiner-Schönborn. Unter anderem eine Solarpflicht für Neubauten. „Wir haben auch die städtischen Dienstwagen abgeschafft und versuchen über Förderanträge Elektrobusse anzuschaffen.“ Wichtig sei auch der Bürgerklimarat. „Wir brauchen die Bürger, um den Wandel zu gestalten.“ Den Klimaktivisten von Fridays for Future reicht das nicht. Sie fordern eine klare Jahreszahl, bis wann die Stadt klimapositiv werden will.

Auch kleinere Gemeinden könnten Orte der Innovation sein, sagte der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) am Mittwoch bei der Eröffnung der Konferenz. Das Interesse an den Pilotprojekten war groß. Die Teilnehmer kamen aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg und der Schweiz. Durch Corona müsse man viele Themen neu denken, so Moderatorin Nathalie Faha von Translake Bodensee. Das auf Bürgerbeteiligung spezialisierte Konstanzer Unternehmen hatte das Format im Auftrag der Digitalakademie Baden-Württemberg, des Innenministeriums und dem Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation konzipiert. Ursprünglich sollte die Veranstaltung in Schloss Maulach bei Überlingen stattfinden. Doch statt Seesicht und barockem Stück gab es jetzt virtuelle Vortragssäle und Foyers, in denen man sich mit den Referenten virtuell verabreden konnte. Technisch klappte das sehr gut. „Man hat gemerkt, dass die Leute schon Übung haben“, so Nathalie Faha.

Onlinebummel im Bergdorf

Im schweizerischen Adelboden können Touristen und Bewohner vieles per App regeln

KONSTANZ (kec) - In Adelboden im Berner Oberland gibt es fast so viele Tiere auf etwa 3500 Dorfbewohner. Doch die Landwirtschaft ist längst dem Tourismus gewichen. Die Gäste kommen aus aller Welt. Da kann man es sich nicht leisten, hinterwäldlerisch zu wirken, denn das Handy ist praktisch immer dabei.

Die Gemeinde Adelboden hat sich daher schon vor ein paar Jahren das Ziel gesetzt, ein smartes Dorf zu werden. Geholfen hat ihr dabei kein Unternehmen, sondern der gemeinnützige Verein Myni Gmeind (Meine Gemeinde). „Unser Wunsch war eine attraktive Dorfstrasse“, sagt Jolanda Lauber beim Kommunalen In-

novationsgipfel. Im Netz sollte ein zentraler Ort für Begegnungen geschaffen werden, damit die Einwohner und Gäste im Dorf einkaufen und bequem mit dem Smartphone oder Tablet einfach ihre Sachen für die Ferien oder fürs Wochenende bestellen und sogar gebracht bekommen.

Dazu müsse man nicht alle Geschäfte im Ort überzeugen. „Es reicht, wenn zwei oder drei mitmachen, aber die müssen dahinterstehen.“ Jetzt hoffe man noch auf die nötigen Fördergelder von Kanton und Bund. „Das ist eine super Sache. Wir sind gespannt, wie es herauskommt. Das ist sicher auch für andere Gemeinden interessant.“

Geplant ist auch ein Mountain Lab mit vernetzten Schulen und Co-working Space. Ziel ist, dass man Arbeit mit Freizeit verbinden kann. „Die Schulen sehen darin leider noch wenig Nutzen.“ Aber vielleicht habe sich das jetzt durch Corona geändert.

Seit November im Einsatz ist eine App, in der die Gemeinde wichtige Meldungen veröffentlicht. Das geht von Baustellen bis hin zu Wohnungsangeboten. „Das ist ein geniales Tool“, sagt Jolanda Lauber. Wichtig sei nur, dass man regelmäßig Inhalte bereitstellt. Auch die User können Inhalte liefern und etwa melden, wenn etwas im Ort kaputt ist. „Das kommt bei den Leuten sehr gut an. Wir haben schon 600 Nutzer.“

Debatte über den Dienst an der Waffe

Statt einer Rückkehr zur Wehrpflicht hat Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer andere Pläne für junge Menschen

Von Andreas Hoenic und Christian Andresen

BERLIN (dpa) - Ein Comeback der Wehrpflicht – auch als Mittel gegen Rechtsextremismus in der Truppe? Die neue Wehrbeauftragte Eva Högl hat am Wochenende mit einem entsprechenden Vorstoß eine kontroverse Debatte ausgelöst. Die SPD-Politikerin bekam auch aus den eigenen Reihen viel Widerspruch. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) sprach sich gegen eine Rückkehr zur Wehrpflicht aus – und kündigte stattdessen überraschend einen neuen Freiwilligendienst in der Bundeswehr an.

Der neue Dienst als Ergänzung zum freiwilligen Wehrdienst soll ab 2021 unter dem Titel „Dein Jahr für Deutschland“ eingeführt werden, wie Kramp-Karrenbauer am Samstag sagte. Jugendliche, die sich für den Dienst entscheiden, sollen eine sechsmonatige militärische Grundausbildung erhalten und anschließend für sechs Monate heimatnah zu Reservediens-

ten herangezogen werden. Die Ministerin reagierte mit der Ankündigung des neuen Dienstes auf den Vorstoß Högl's und zog die Bekanntgabe der Pläne vor.



Statt einer Wehrpflicht soll eine allgemeine Dienstpflicht kommen – etwa auch für die Betreuung Älterer. FOTO: DPA

Högl hatte angesichts rechtsextremistischer Vorfälle in der Bundeswehr eine Wiedereinführung der Wehrpflicht zur Diskussion gestellt. Die SPD-Politikerin sagte der Funke-Mediengruppe auf die Frage, ob sie für die Wiedereinführung sei: „Natürlich müssen wir das Problem der Wehrerechtigkeit im Auge behalten. Es tut der Bundeswehr jedenfalls sehr gut, wenn ein großer Teil der Gesellschaft eine Zeit lang seinen Dienst leistet. Das erschwert es auch, dass sich Rechtsextremismus in der Truppe breitmacht. Ich möchte darüber im nächsten Jahr intensiv diskutieren.“

Zuletzt waren immer wieder Fälle von Rechtsextremismusverdacht bei aktiven und ehemaligen Soldaten aufgetaucht, darunter bei der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK).

2011 war die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland und damit auch der Zivildienst ausgesetzt worden. Die Bundeswehr wurde so zu einer Freiwilligenarmee. Beim freiwilligen Wehrdienst geht es um eine Dauer von sieben bis 23 Monaten.

Kramp-Karrenbauer nannte die aktuelle Debatte interessant. Sie sagte aber in Berlin: „Es geht nicht darum, einfach die Wehrpflicht alter Form wieder auflösen zu lassen, es geht auch nicht darum, das insbesondere zu sehen als einen Kampf gegen rechts. Sondern es geht um die Frage, was uns in dieser Gesellschaft zusammenhält, was der Kitt ist und wie wir die stärken, die für diese Gesellschaft wirklich etwas tun wollen.“

Die Wehrpflicht sei auch aus Gründen der mangelnden Wehrgerechtigkeit ausgesetzt worden. Außerdem habe sich die Bundeswehr strategisch weiterentwickelt, es seien Strukturen wie die Kreiswehersatzämter abgebaut worden: „Ich glaube, dass das intelligenteres Mittel wäre, über eine allgemeine Dienstpflicht in Deutschland nachzudenken – eben nicht nur im militärischen Bereich, sondern auch im zivilen Bereich.“

Die CDU will unter dem Titel eines „Deutschlandjahrs“ ein Dienstjahr für junge Männer und Frauen – offen ist, ob dies verpflichtend sein soll. Es soll

nicht nur bei der Bundeswehr geleistet werden können, sondern etwa auch in der Pflege, der Umwelthilfe oder bei der Feuerwehr.

Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht sehen die Opposition und die SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans kritisch – sie halten dies nicht für ein Mittel, um rechtsextremistischen Vorfällen in der Truppe vorzubeugen. „Die Wehrpflicht gehört zu den immer wiederkehrenden Themen und steht nicht im Zusammenhang mit der gefährdeten Demokratiefestigkeit einzelner Bereiche der Bundeswehr, die nie mit Wehrpflichtigen besetzt worden sind“, erklärten sie.

Der Präsident des Reservistenverbandes, Patrick Sensburg (CDU), nannte die Aussetzung der Wehrpflicht im „Handelsblatt“ einen Fehler. Es gebe eine „breite Zustimmung“ für ihre Wiedereinführung beziehungsweise für eine allgemeine Dienstpflicht. „Es macht Sinn, dies mit der grundsätzlichen Überlegung zu einer Dienstpflicht zu verbinden.“